

Kölner Haus- und Grundbesitzerverein von 1888

Verband der privaten Wohnungswirtschaft
Hohenzollernring 71-73, 50672 Köln, Tel: 0221- 5736-0
sekretariat@koelner-hug.de



www.koelner-hug.de

Pressedienst

An die Lokalredaktionen

Köln, den 11.12.2017

Anhebung der Müllgebühren

Nebenkosten machen Wohnen teuer

Am 19. Dezember soll der Rat wieder einmal eine Erhöhung der Müll- und Straßenreinigungsgebühren beschließen. Zuvor tagen die zuständigen Ausschüsse. Der Kölner Haus- und Grundbesitzerverein nimmt die angekündigte Erhöhung mit Bedauern zur Kenntnis. Die Hausmüllgebühren steigen im Durchschnitt um 2,3%, die Straßenreinigung um 0,8%. Thomas Tewes, Hauptgeschäftsführer des Vereins: „Für sich gesehen erscheint die Erhöhung nicht besorgniserregend. Das Bild sieht jedoch anders aus, wenn ich die Summe aller Nebenkosten betrachte.“

Tewes: „Der Mieter hat heute Nebenkosten zu tragen, die mindestens ein Viertel der Nettomiete ausmachen. Auch wenn der Vermieter diese Kosten weitergeben kann, so ist er von der Entwicklung genauso betroffen, da die Nebenkosten die Bruttomiete in einem Maße verändern, auf das der Vermieter kaum Einfluss hat.“

Der Kölner Haus- und Grundbesitzerverein fordert daher die Stadt Köln auf, alle erdenklichen Potenziale auszuschöpfen, um vor allem die Steigerung der Nebenkosten und damit auch der städtischen Gebühren zu dämpfen.

Vor allem sieht der Verein die Umlage von Kosten kritisch, die mit der eigentlichen, eigentumsgebundenen Müllbeseitigung und Straßenreinigung nichts zu tun haben. So werden z.B. Kosten der Müllbeseitigung auf dem Rheinboulevard oder die Entleerung von Papierkörben in Grünanlagen auf die Müllgebühren umgelegt. Bei der Straßenreinigung kommen Kosten zur Reinigung des Straßenbegleitgrüns hinzu. Damit haben derzeit 7,4% der Gebühren überhaupt nichts mit der eigentlichen Müllentsorgung zu tun. Tewes: „Diese Kosten werden alleinig deshalb umgelegt, um den städtischen Haushalt zu entlasten. Der Bürger entlastet den Haushalt aber sogar doppelt, denn in den Gebühren stecken auch die Gewinne der AWB, die als Ausschüttung wieder zurück in die Stadtkasse fließen.“

Der Verein fordert deshalb die Politik auf, die stetige Kostenbelastung der Bürger einzudämmen und auch auf diesem Wege das bezahlbare Wohnen zu fördern. Tewes: „Es ist falsch, die Mietbelastung ausschließlich über die Nettomiete zu definieren. Die Nebenkosten sind zusätzlich zur Mieter in der Vergangenheit erheblich gestiegen und belasten die Bürger massiv. Daran sind auch die Kommunen schuld. Das sollte die Politik nicht verschweigen. Die Gebührenerhöhung sollte daher ausgesetzt werden.“

fdR

Thomas Tewes
Hauptgeschäftsführer